

Bern | Nationalrat behandelte den Geschäftsbericht des Bundesrats

«Tour d'horizon» der Probleme

Spionage, Bankgeheimnis, Energiewende, Beziehungen zur EU: Der Nationalrat hat am Mittwoch nahezu alle Themen gestreift, welche die Schweiz beschäftigen. Gelegenheit für die «tour d'horizon» bot der Geschäftsbericht des Bundesrats.

Die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) von National- und Ständerat hatten bei der Prüfung des Berichts den Schwerpunkt auf Probleme bei den Beschaffungen in der Bundesverwaltung gelegt.

Zur Korruptionsaffäre im Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) erwarten sie im August einen Bericht des Bundesrates, wie Rudolf Joder (SVP/BE) im Namen der Kommission sagte. Er sprach auch Lob aus: Im Allgemeinen leiste die Bundesverwaltung gute und professionelle Arbeit.

Geheimdienste: 10 gegen 200 000

Zu reden gab im Rat unter anderem die Affäre um den US-Geheimdienst NSA. Der Nachrichtendienst des Bundes verfüge nicht über ausreichend Mittel für die Spionageabwehr, sagte Pierre-François Veillon (SVP/VD). Dies hatte am Vortag auch Claude Janiak (SP/BL) bei der Diskussion im Ständerat festgestellt. Der Nachrichtendienst und die Bundesanwaltschaft blieben nicht untätig, sie bemühten sich, Hinweisen nachzugehen. Die US-Nachrichtendienste beschäftigten aber etwa 200 000 Personen, während die Spionageabwehr in der Schweiz aus weniger als zehn Personen bestehe.

Verteidigungsminister Ueli Maurer sagte dazu, von

Spionage sei nicht nur die politische Schweiz betroffen, sondern auch die Wissenschaft, die Wirtschaft und der Finanzplatz. Der Nachrichtendienst brauche hier mehr Kompetenzen, das neue Nachrichtendienstgesetz sehe solche vor. Unter anderem seien 20 neue Stellen geplant. Vergleichen mit anderen Diensten blieben die Ressourcen indes zwangsläufig bescheiden.

Banken leiden unter Nein zu Lex USA

Zu den grossen Themen des Jahres gehörten einmal mehr der Finanzplatz und das bröckelnde Bankgeheimnis. Über die jüngsten Entwicklungen dazu berichtete Andrea Caroni (FDP/AR). Angesichts der raschen Entwicklung mute der Jahresbericht inzwischen bereits etwas alttümlich an, stellte er fest.

Unter anderem fällt der Bundesrat 2013 einen Grundsatzentscheid zum automatischen Informationsaustausch. Die Gemüter erregt hat ausserdem der Steuerstreit mit den USA. Welche Auswirkungen das Nein des Parlaments zur «Lex USA» hatte, ist umstritten. Es gebe keine Hinweise darauf, dass der Entscheid die Situation blockiert habe, sagte Caroni.

Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf widersprach. Sie werde das Parlament zu gegebener Zeit über die Auswirkungen informieren und aufzeigen, wie viel schwieriger es für die Banken dadurch geworden sei, kündigte sie an. In einem Punkt pflichtete Widmer-Schlumpf Caroni indes bei: «Die Welt dreht sich sehr schnell.» Die grosse Herausforderung bestehe darin, etwas wieder zu schaffen, was dadurch teilweise verloren gegangen sei: Rechtssicherheit.

Atomkraftwerke mit drei Leben

Mit Blick auf die anstehenden Entscheide in der Energiepolitik warnten mehrere Redner davor, der Vorlage in der parlamentarischen Beratung die Zähne zu ziehen. Ohne griffige Massnahmen sei die Energiewende nicht möglich. Andere wiederum warnten vor einem zu forschen Vorgehen. Die Wirtschaft sei auf billige Energie angewiesen.

Energieministerin Doris Leuthard stellte fest, der Ball zum schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie liege nun beim Parlament. Kernkraftwerke hätten drei Leben: eines, dessen Ende die Politik bestimmen könne, ein sicherheitsbedingtes und ein ökonomisches. Für den Bundesrat sei die Si-

cherheit das wichtigste. Bei den Voten zur Asylpolitik stand die geplante Reform im Vordergrund. Das Ziel sei es, Asylverfahren rasch und fair durchzuführen, sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga dazu. Sie konterte ferner Kritik an Schengen/Dublin. Das System sei nicht perfekt, es gebe Mängel. Man müsse sich aber stets fragen, wie es ohne dieses System wäre. Probleme, die grenzüberschreitend seien, müssten grenzüberschreitend angepackt werden.

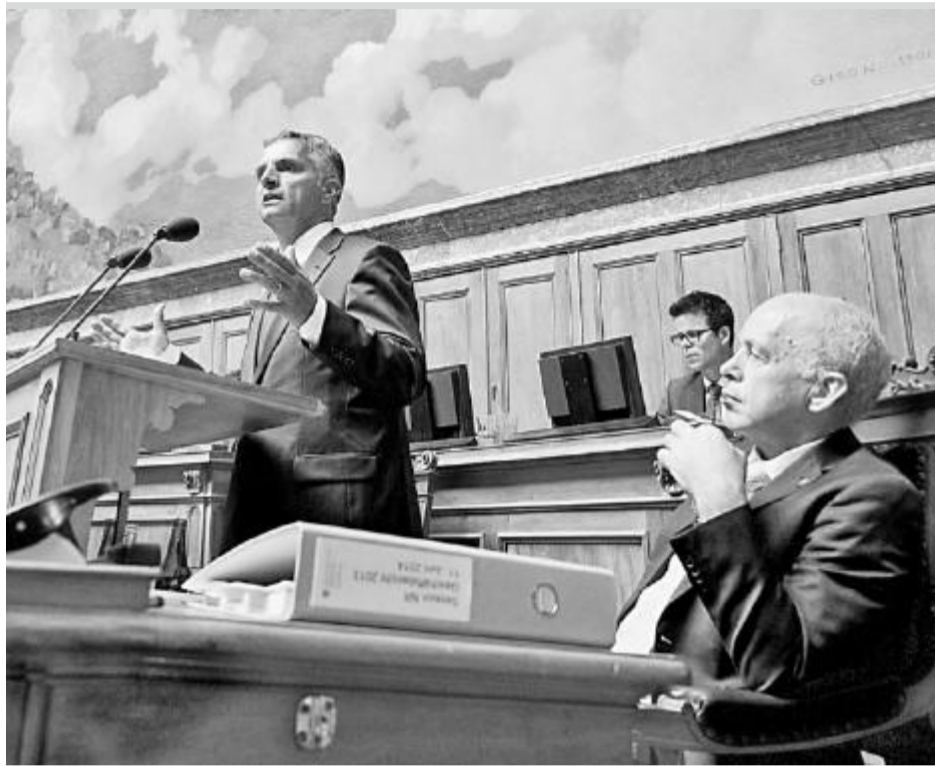
Ziemlich kompliziertes EU-Dossier

Der Bundesrat selbst zieht insgesamt eine positive Bilanz seiner Tätigkeit im Jahr 2013, wie Bundespräsident Didier Burkhalter sagte. Die meisten Ziele

seien erreicht worden. Nur teilweise erreicht wurde das Ziel, das Verhältnis zur EU zu stärken, wie es im Geschäftsbericht heisst.

Seit der Abstimmung vom 9. Februar gebe es in einem bereits «ziemlich komplizierten» Dossier ein neues Element, sagte Burkhalter: Die Revision des Abkommens über den freien Personenverkehr. Es sei dies der Auftrag des Volkes, der nun erfüllt werden müsse. Am Ende werde der Entscheid nicht nur beim Parlament liegen, sondern wiederum beim Volk.

Zu entscheiden hatte der Nationalrat nichts. Wie am Vortag bereits der Ständerat nahm er den Geschäftsbericht des Bundesrats zur Kenntnis. | sda



Positive Bilanz. Der Bundesrat mit Didier Burkhalter (stehend) und Ueli Maurer sind zufrieden mit dem Jahr 2013.

FOTO KEYSTONE

Ständerat in Kürze

Gesundheit: Der Ständerat unterstützt die Einführung eines elektronischen Patientendossiers. Dieses soll grundsätzlich freiwillig sein: Die Patientinnen und Patienten können selber entscheiden, ob sie eine Sammlung von Gesundheitsdaten anlegen möchten. Zudem bestimmen sie, wer auf das Patientendossier zugreifen darf. Krankenkassen und Arbeitgeber sollen grundsätzlich keinen Einblick in die Daten erhalten. Aber nicht nur für die Patienten, auch für Ärzte und andere ambulante Leistungserbringer soll die Einführung elektronischer Patientendossiers freiwillig sein. Mehrere Gesundheitspolitiker zeigten sich über die Zurückhaltung enttäuscht. Aber auch sie wollten lieber diesen ersten Schritt machen als gar keinen. Die Vorlage geht nur mit einigen Änderungen an den Nationalrat.

Medizin: Der Bundesrat muss in einem Bericht aufzeigen, wie weit die Umsetzung des 2009 angenommenen Komplementärmedizin-Artikels fortgeschritten ist. Das verlangt der Ständerat mit einem Postulat. Der Bundesrat muss auch aufzeigen, in welchen Bereichen Handlungsbedarf besteht und wie Universitäten und Hochschulen bei Lehre und Forschung zusammenarbeiten. Der Bundesrat hatte sich bereit erklärt, einen Kurzbericht zu den Fragen vorzulegen. Die Umsetzungsarbeiten seien im Gang, sagte Gesundheitsminister Alain Berset. Er erinnerte daran, dass das Innendepartement 2011 eine Begleitgruppe mit Beteiligung der betroffenen Organisationen eingesetzt hat.

Pensionskassen I: Der Ständerat will nichts davon wissen, dass Vorsorgeeinrichtungen bis zur Hälfte ihrer Anlagen in Immobilien halten dürfen. Einstimmig lehnte er eine Ständesinitiative des Kantons Neuchâtel ab. Kommissionssprecher Konrad Graber (CVP/LU) erinnerte daran, dass die Obergrenze von 30 Prozent erst seit 2009 gelte und sich bewährt habe.

Pensionskassen II: Damit die Auswirkungen von Kapitalzügen aus der Pensionskasse auf Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe klar werden, soll sie der Bundesrat statistisch erheben. Das soll umfassend geschehen. Bezüge für Wohneigentum, Wegzug ins Ausland oder der Gang in die Selbstständigkeit sollen gleichermaßen erfasst werden. Mit dieser Ausweitung des statistischen Mandats schloss sich der Ständerat dem Nationalrat an.

Staatsrechnung: Einmal mehr hat der Bund das Jahr deutlich besser abgeschlossen als geplant. Budgetiert war für 2013 ein Defizit von 400 Millionen Franken. Herausgekommen ist ein Überschuss von 1,3 Milliarden Franken. Der Ständerat genehmigte die Staatsrechnung als Zweitrat. Die Einnahmen fielen vergangenes Jahr 600 Millionen Franken höher aus als veranschlagt. Auf der anderen Seite gab der Bund 1,2 Milliarden Franken weniger aus als im Budget geplant. Mit der Rechnung genehmigte der Ständerat mit 42 zu 0 Stimmen auch 17 Nachtragskredite über insgesamt 181 Millionen Franken für das laufende Jahr. | sda

IN KÜRZE

Freiburger Jäger verurteilt

FREIBURG | Die Freiburger Justiz hat einen Jäger zu bedingter gemeinnütziger Arbeit und einer Busse verurteilt. Der Mann aus dem Broyebezirk soll ausserhalb der Jagdsaison auf ein Reh geschossen haben. Er selber beteuerte, auf einen Fuchs gezielt zu haben. Im fraglichen Wald waren die Wildhüter indessen auf ein verletztes Reh gestossen. Die Freiburger Staatsanwaltschaft kam nach Anhörung der Parteien nun zum Schluss, der Jäger sei schuldig zu sprechen. Per Strafbefehl wurde der Mann zu einer bedingten Strafe von 40 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Ausserdem bekam er eine Busse von 500 Franken aufgebürdet. | sda

Zu früh freigelassen

FREIBURG | Ein Häftling ist fälschlicherweise zu früh aus einem Freiburger Gefängnis entlassen worden, nachdem er zwei Drittel seiner Strafe abgesessen hatte. Nach einigen Tagen in Freiheit wurde er ins Gefängnis Bellechasse zurückgebracht. | sda

Gut angelaufen

ZÜRICH | Der Testbetrieb des Bundes mit dem beschleunigten Asylverfahren ist gut angelaufen. Seit Anfang Jahr wird in der Stadt Zürich das beschleunigte Asylverfahren getestet. 669 Asylsuchende wurden dem Testzentrum in den ersten fünf Monaten zugewiesen, 319 Entscheide wurden gefällt. Noch sei es zu früh für zuverlässige Daten. Aufgrund des grossen Medieninteresses ziehe man eine «erste vorsichtige Bilanz der ersten fünf Monate». Gehe es so weiter, könnten im ersten Testjahr 1500 Gesuche bearbeitet werden. Gerechnet hatte man mit 1300 bis 1400. | sda

Feuer im historischen Zentrum

LAUSANNE | Ein Brand hat am Dienstagabend im historischen Zentrum von Avenches drei Gebäude in Mitleidenschaft gezogen und grossen Sachschaden verursacht. Um die 50 Personen mussten evakuiert werden. Verletzt wurde niemand. Der vieleckige Montauban-Treppenturm des ehemaligen Herrensitzes aus dem 15. Jahrhundert konnte gerettet werden. | sda

Chur | 22 509 Unterschriften für Bündner Bär

Solidarität mit M25

22 509 Personen in der Schweiz haben in nur einem Monat die Bärenpetition «Viva M25» des WWF unterzeichnet. Am Mittwoch wurden die Signaturen dem Bündner Regierungspräsidenten Mario Cavigelli übergeben. M25 ist derjenige Bär, der derzeit durch Graubünden streift.

Bären und Wölfe müssten in der Schweiz eine Chance haben, sagte die Bündner WWF-Geschäftsführerin Anita Mazzetta am Mittwoch in Chur bei der Übergabe der Unterschriften an die Bündner Kantonsregierung. Mit der Petition werde auch die Arbeit des Kantons Graubünden im Umgang mit Bären anerkannt.

Ständig auf Achse

Die Unterschriften sollten Mut machen, den eingeschlagenen Weg im Herdenschutz oder in Sachen Abfallkonzept weiter zu verfolgen, erklärte Mazzetta. Ebenfalls übergeben wurde Regierungspräsident Mario Cavigelli ein bärensicherer Abfallimer der Luxusklasse im Wert von etwa 1000 Franken. Cavigelli



Viva M25. Regierungspräsident Mario Cavigelli erhält vom WWF eine bärensichere Mülltonne.

FOTO KEYSTONE

li versprach, den Eimer an einem geeigneten Ort aufzustellen. Die Petition «Viva M25» bezieht sich auf den gegenwärtig im südlichen Graubünden und in Oberitalien umherstreifenden Braunbären M25. Das zweijährige Männchen ist der neunte Bär, der seit Juli 2005 aus dem oberitalienischen Trentino nach Graubünden gewandert ist. Zwei Bären wurden in Graubünden von der Wildhut geschossen, weil sie zum Risiko für den Menschen geworden waren. M25 wurde am Dienstag für einige Stunden

im Münstertal gesichtet, verschwand dann aber rasch wieder Richtung Veltlin (I), wie der Bündner Jagdinspektor Georg Brosi auf Anfrage erklärte. Der Bär pendelte in letzter Zeit regelmässig zwischen der Schweiz und Italien.

Brosi sprach von einem «extrem unruhigen Tier». Der Bär sei ständig auf Achse. Zuvor hatte der Einwanderer dem Puschlav einen Besuch abgestattet. Erstmals gesichtet worden war M25 bei seiner Einwanderung Anfang Mai im Münstertal. | sda